Amok, Schoolshooting, Gewaltexzesse:

In die Situation kann Jede/r kommen

- **Arbeitsgespräch der RP-GdP mit Inspekteur der Polizei Werner Blatt**
- **Einsatztraining gut angenommen / Schutzausstattung verbessern**
- **Waffenrecht kommt in Bewegung**

Erfurt, Bad Reichenhall, Emsdetten und zuletzt Winnenden. Für jede Polizistin und jeden Polizisten stehen diese Städtenamen für das zunehmende Bewusstsein, dass solche Ereignisse nicht irgendwo auf der Welt passieren, sondern hier in Deutschland. Schon morgen kann an einer Schule in meinem Dienstbezirk ein zuvor „vollkommen unauffälliger" junger Mensch „aus gutbürgerlichem Elternhaus" zum Vielfachmörder werden und der Polizei einen hoch riskanten Einsatz abverlangen.

Bei der GdP-Geschäftsstelle und bei den Besuchen auf den Dienststellen wird anhand der Beiträge von Kolleginnen und Kollegen deutlich: Die Sorge wächst, von einem gravierenden Gewaltereignis betroffen zu werden. Die GdP hat zahlreiche Vorschläge und Hinweise zur Optimierung der polizeilichen Reaktionsmöglichkeiten gesammelt und jetzt mit IdP Werner Blatt besprochen.

Blatt berichtete über erste Erkenntnisse aus der Nachbereitung des Einsatzes durch die baden-württembergische Polizei. Die hier wie dort durchgeführten Einsatztrainings hätten sich bewährt und den eingesetzten Kräften Handlungssicherheit gegeben; durch die schnelle und beherzte Präsenz an der Schule sei dort Schlimmeres verhindert worden, was aber gleichzeitig zur Mobilisierung des Einsatzgeschehens geführt habe. Es gebe die Diskussion über einen finalen Schusswaffengebrauch, den eingesetzten Beamtinnen und Beamten werde aber kein Vorwurf gemacht.

In Rheinland-Pfalz sind – so der Inspekteur – derzeit 4700 Kolleginnen und Kollegen durch das

Beim Gespräch im ISM v.l.n.r.: IdP Werner Blatt und Elmar May (ISM), Bernd Becker, Corinna Koch (ISM), Ernst Scharbach, Heinz Werner Gabler

Einsatztraining 3 gegangen. Die GdP-Vertreter bestätigten den Eindruck, dass die Teilnehmer dieses Training als fachlich gut und für den Dienst hilfreich bewerten. Blatt erklärte, dass zwar ein Schwerpunkt beim Wechselschichtdienst gesehen werde, das Training aber auch für Kolleginnen und Kollegen in so genannten Tagdienstfunktionen vorgesehen sei, also beispielsweise auch für Bezirksbeamte.

SCHUTZAUSSTATTUNG VERBESSEREN

Diese Ausdehnung – so die GdP-Leute bei ihrem Besuch im Ministerium – müsse auch für die Ausstattung mit persönlichen Schutzwesten gelten;

zuvorderst solle für ausgelagerte Bezirksbeamte, die vor einem Einsatz auf die bei der PI vorgehaltenen Schutzwesten nicht zugreifen könnten, eine Lösung gefunden werden.
Werner Blatt berichtete, dass Minister Bruch die Anschaffung von „Ballistischen Schutzdecken“ angeordnet habe. Als erstes Bundesland statte Rheinland-Pfalz jeden Streifenwagen mit einer 1,80 X 0,80 m großen schusshemmenden Decke aus, die zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten, beispielsweise bei der Bergung von Verletzten, biete. Info-Beispiel: http://www.mehler-law-enforcement.de/de/sonderprodukte.htm
Scharbach und seine Mitstreiter brachten eine ganze Reihe von Optimierungsvorschlägen auf die Prüfliste des Inspekteurs; in Stichworten: Headsets für Funkgeräte, Bluetooth-Headsets für Mobiltelefone, schusssichere Helme in begrenzter Anzahl. Hinterfragt wurden Anzahl und Transportmöglichkeiten für Maschinenpistolen sowie die Anzahl der zugeteilten Munition.
Es wurde klar, dass nicht jeder Streifenwagen SEK-ähnlich ausgestattet werden kann, dass es aber andererseits keine Alternative zum sofortigen Einschreiten gibt und deshalb das Mögliche für den Schutz der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen getan werden muss.

KILLERSPIELE / WAFFENRECHT / GESELLSCHAFT

So wie die Diskussion über den Polizeieinsatz, lebt nach jedem Amokereignis die Diskussion über Ursachen, Erkennungs- und Präventionsmöglichkeiten auf. Und das ist auch gut so. Trotz einiger schwer zu ertragender Diskussionsbeiträge: Die aktuelle Betroffenheit hilft, den Blick auf einige Problemstellungen zu schärfen. Nach dem „Schoolshooting“ in der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten stand die Diskussion über die Wirkung so genannter „Killerspiele“ im Vordergrund. Die Landes-GdP hat sich aus Anlass einer Anhörung der SPD-Fraktion im Landtag am 27.2.2007 zur Frage der Wirkung von Medien eingelassen. Hier der Link zu dem entstandenen Positionspapier, in dem auch die gesellschaftspolitische Dimension insgesamt nicht unerwähnt bleibt und die Ergebnisse einer Blitzumfrage bei erfahrenen Kolleginnen und Kollegen einfließen: http://www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/id/Fach-themen_de/$file/gewspiel.pdf
In allen genannten Fällen hat die Verfügbarkeit von („legalen“) Waffen eine Rolle gespielt. Jetzt – nach den tragischen Ereignissen vom 11. März in Winnenden und Wendlingen – scheint eine seit Jahren von der GdP erhobene Forderung realisiert zu werden: Auf Initiative der Hansestadt Hamburg soll ein bisher von der Mehrheit der Länder blockiertes zentrales Waffenregister geschaffen werden. Während eine EU-Richtlinie die Einführung eines solchen Waffenregisters auf Ebene des Bundes fordert, sieht das so genannte 64er Papier des Innenministeriums zur bevor stehenden Kommunalreform in Rheinland-Pfalz immer noch vor, den Vollzug des Waffenrechts von den Kreisverwaltungen auf die Ebene der Verbandsgemeinden zu verlagern.

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach:
„Bei unseren Bemühungen, die Schwächung der Polizei durch Einführung einer Kommunalpolizei zu verhindern, sprechen wir immer auch das Waffenrecht an. Auch nach Jahren sind nicht alle waffenrechtlichen Erlaubnisse im Einwohnerinformationssystem abfragbar. Schon deswegen brauchen wir das Zentrale Waffenregister. Die Komplexität und Spezialität des Themas spricht für eine zentrale Aufgabenwahrnehmung auf Kreisebene.“

Aus Sicht der GdP muss bei der Zuverlässigkeitsprüfung nach dem Waffen- und Jagdrecht alles getan werden, was das Gesetz ermöglicht.
Positiv ist festzuhalten, dass das „Leaking“- Forschungsprojekt der FU Berlin mittlerweile durch das BMI finanziell gefördert wird. Hier versuchen Wissenschaftler - durch Auswertung aller weltweit bekannt gewordenen Fälle - Anzeichen zu identifizieren, die „Schoolshootings“ vorangehen.
Die GdP plant derzeit eine gemeinsame Konferenz mit der GEW, um einen Beitrag zur guten Zusammenarbeit mit den Schulen zu leisten.